



PRESSEMITTEILUNG

Auf Grund des abrupten Auszugs der Fraktion der Grünen zu Beginn der vergangenen Ratssitzung konnten die Hintergründe für die von der Ratsmehrheit verlangte "Verschiebung des Tagesordnungspunktes" Antrag der Grünen zur "Änderung der Hauptsatzung" nicht ausreichend erörtert werden. Es stellt sich der SPD Monschau dabei durchaus auch die Frage, wie demokratisch ein Verhalten ist, wenn eine Fraktion nach einer Abstimmungsniederlage, das Gremium verlässt und sich damit weiterhin in der Opferrolle gefällt.

Zur Sache:

Die SPD Fraktion hätte zum Antrag erwartet, dass die Bürgermeisterin zur zukünftigen Aufgabenerledigung einen Organisationsplan vorlegt, - insbesondere auch, da ihr die Diskussion zur Hauptsatzung bekannt war und viele Aufgaben, die von der ehemaligen Bürgermeisterin erledigt wurden, jetzt vakant sind. Im Antrag der Grünen vom 02.12.2020 heißt es, dass keine Fraktion aktuell die Absicht hat, einen Beigeordneten einzustellen. Dies ist nicht richtig. Aufgrund der Diskussionen haben sich die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion gesprächsbereit gezeigt. Die nochmalige Änderung der Hauptsatzung ist jedoch niemals Gesprächsinhalt gewesen.

Bis nicht Klarheit über die zukünftige Verwaltungsstruktur besteht, hält die SPD-Fraktion es nicht für sinnvoll die Hauptsatzung nach Belieben zu ändern. Die SPD-Fraktion hat der Änderung der Tagesordnung zugestimmt, auch weil die Absetzung lediglich die Verschiebung des Antrages bewirkt bis eine Personalplanung incl. Organigramm dem Rat vorgelegt wird. Das ist kein undemokratischer Akt.

Fast zwei Monate nach Dienstantritt der neuen Bürgermeisterin ist die künftige Verwaltungsstruktur immer noch unklar.

Auch wie die Besetzung der Aufgaben (Vorsitz und Geschäftsführungen bei Musikschule, Monschau Touristik u.a.) aussehen soll, ist selbst Ende Dezember noch nicht ersichtlich. Bei der Musikschule zum Beispiel, die durch ihre überdurchschnittliche Schülerzahl als wichtiges Ausbildungsangebot zur kulturellen Bildung beiträgt, ist der Vorsitz immer noch offen.

Diese wichtigen Fragen sollten, bevor weiter diskutiert wird, erst einmal durch die Vorlage eines Organisationsplans beantwortet werden.

Die Mehrheitsverhältnisse und das Amt der Bürgermeisterin wurden durch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Monschau bestimmt. Die Fronten dürfen sich nun aber nicht verhärten. Die Fraktionen sind in Monschau immer konstruktiv und respektvoll miteinander umgegangen. Die SPD-Fraktion Monschau möchte keine "Amerikanisierung" des Politikstils.

Daher richten wir den Appell an alle Fraktionen in Monschau in den kommenden fünf Jahren konstruktiv und respektvoll zusammenarbeiten. Nur so bringen wir Monschau gemeinsam in eine sichere Zukunft.